

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Mark Gayn

Das befohlene Chaos

Lucian W. Pye

China und die Asienpolitik
der USA

B 7/67

15. Februar 1967

Mark Gayn, Chef des Asienbüros der kanadischen Zeitung Toronto Star, hat eine Reihe von Büchern über Asien veröffentlicht, darunter The Fight for the Pacific und Japan Diary.

Lucian W. Pye, Ph. D., Professor für Politische Wissenschaften am Massachusetts Institute of Technology, Senior Staff Member des Centre for International Affairs, zur Zeit Leiter des Projektes China-Studien des Council of Foreign Relations, geb. 1921 in China.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5,50 zuzüglich Verpackungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Das befohlene Chaos

Maos Kulturrevolution soll die Revolution retten

Revolution von oben

Mao Tse-tungs jüngste Schlacht ist fast mit Sicherheit seine letzte. Sie wird wahrscheinlich auch mit seiner ersten und unwiderruflichen Niederlage enden. Als glänzender politischer Taktiker wird er wohl imstande sein, seine alten Gefährten, die sich gegen ihn gewandt haben, zu vernichten. Aber er wird damit nicht das erreichen, was er mit seiner „Kulturrevolution“ beabsichtigt hatte. Denn er will nichts weniger als die Verjüngung der großen Revolution, eine Wiedergeburt, während diese Revolution sich bereits in einem fortgeschrittenen Alter befindet; er will die Leidenschaft, die Selbstlosigkeit und die Disziplin wiederherstellen, die ihr in ihrer Jugend über dreißig Jahre lang zu eigen war. Aber die Uhr kann schwerlich zurückgestellt werden, und eine Nation kann sich im Zeitalter der Atombomben und Computer nicht so verhalten, als befände sie sich noch im Zeitalter der Hirse und der Flinten.

Die Kulturrevolution geht allein auf Mao zurück. Sie hat ihre Wurzeln nicht in Karl Marx, sondern in Maos Erfahrung und in seinen Erinnerungen, in seinem idealisierten Bild von der Revolution, wie sie in ihren wilden Jahren war, in den Bergen von Tschingkan, in Kiangsi und vor allem in den Höhlen von Jenan. Maos politische Ideen sind durchdrungen von der Sehnsucht nach der Vergangenheit — von dem Jenan-Syndrom.

Die klassischen Revolutionen entstehen aus dem Leiden des Volkes, aus dem Groll gegen

Ungerechtigkeit, aus allgemeiner Unzufriedenheit. Maos eigene Revolution in den zwanziger und dreißiger Jahren hatte ihren Ursprung in den Leiden des ländlichen Chinas. Seine Kulturrevolution aber ist von anderer Art. Es ist eine Revolution, die von oben dekretiert worden ist. Sie ist nicht durch sozialen oder wirtschaftlichen oder gar politischen Protest ausgelöst worden. Und sogar die Feinde, die sie bekämpfen soll, bleiben schattenhaft, namenlose Figuren in hohen Rängen der Partei und des Staates.

Obgleich die Wurzeln dieser Revolution nicht in allgemeinen Ärgernissen liegen, hat sie bereits radikale Veränderungen mit sich gebracht. Vor allem hat sie das Gleichgewicht der politischen Macht verändert, das seit dem Tage bestanden hat, da Mao 1949 im Triumph nach Peking zurückkehrte. Von diesem Tage an bis zum Herbst 1965 hatte die Kommunistische

Lucian W. Pye:

China und die Asienpolitik der USA S. 13

Partei das Monopol der politischen Macht, das in Frage zu stellen nicht erlaubt und sogar nicht einmal möglich war. Die Partei bestimmte die Politik und machte sie. Sie beherrschte die Künste, die politischen Ideen und die Schulstuben. Sie herrschte über die Armee und verfuhr streng mit denen, die die Armee frei von politischen Kommissaren halten wollten. Sie bestimmte, was in den Regalen der Läden und was in den Reisschalen sein sollte. Sie diktierte das Benehmen und die Mode. Sie war alles, überall und ewig.

Mit freundlicher Genehmigung der Herausgeber dem Januar-Heft der New Yorker Vierteljahresschrift FOREIGN AFFAIRS entnommen (Copyright by the Council on Foreign Relations Inc., New York).

Machtmonopol der Partei gebrochen

Das trifft jetzt nicht mehr zu. Ein Ergebnis der Kulturrevolution ist, daß die Partei gespalten ist und sich unter einer Säuberung windet, die noch lange Zeit andauern wird. Ihr Sproß, die Kommunistische Jugendliga, ist inaktiv und erwartet eine schmerzhaft Reorganisation. Noch wichtiger ist, daß die Partei sich jetzt zwei bedeutenden Rivalen gegenüber sieht, die beide von Mao unterstützt werden. Einer davon ist die Armee, die unter dem Kommando von Maos designiertem Nachfolger Lin Piao jetzt mehr denn je ein politisches Instrument ist. Der andere Rivale ist das Netz der „kulturrevolutionären Gruppen“ und die Roten Garden. Ihr Gefüge ist noch unvollendet und formlos, aber sie sind bereits eine Macht im Lande. Das vielleicht verblüffendste politische Faktum im China von heute ist die Existenz dreier paralleler und oftmals miteinander ringender Machtinstrumente, deren gegenseitige Beziehungen noch nicht festgelegt sind.

Das zweite bedeutende Faktum ist Maos scharfer Ruck nach links. Wenn ein Mitglied der Roten Garden gefragt würde, was das heißt, so würde er bereitwillig erklären, daß es die Zerstörung der „Vier Alten“ (der alten Ideen, der alten Kultur, der alten Bräuche und der alten Gewohnheiten der „Ausbeuterklasse“) und die Einführung der „Vier Neuen“ bedeutet. Tatsächlich aber wird die Wendung nach links früher oder später alle Bereiche des Lebens in China beeinflussen, von der Planung und Lenkung der Wirtschaft bis zur militärischen Strategie. Es ist offensichtlich, daß Peking bisher die Folgerungen aus dieser Wendung noch nicht durchdacht hat. Was wird sich

für die landwirtschaftliche Produktion ergeben, wenn der Bauer seines kleinen privaten Stückchen Landes beraubt wird? Was werden die Folgen der beabsichtigten Erziehungsreform — kürzeres Schuljahr, vereinfachter Lehrplan mehr Zeitaufwand zum Studium der Gedanken Mao Tse-tungs — für den technischen Fortschritt der Nation bedeuten? Und wie wird es sich auf die Leistungsfähigkeit des Regierungsapparates auswirken, wenn Mao seine Pläne in die Tat umsetzt, ein Netz von Massenorganisationen nach dem Muster der Pariser Kommune zu schaffen?

Das dritte bedeutende Faktum — und eines, das der Westen noch nicht gebührend bedacht hat — ist, daß China sich in die Isolation zurückgezogen hat. Ebenso wie Stalin nach dem Fiasko in China im Jahre 1927 in die Isolation ging, hat sich Peking jetzt in sein Gehäuse zurückgezogen. Der Grund dafür ist, daß die chinesischen Führer ihre inneren Probleme lösen wollen, bevor sie auf die Barrikaden der Weltrevolution zurückkehren. Die Brücken zur Außenwelt werden abgebrochen, indem die Roten Garden die Übersetzungen westlicher Autoren beschlagnahmen, die sie in den Privathäusern gefunden haben, indem die Verträge ausländischer Lehrer in China nicht mehr verlängert werden oder auch, indem die Arbeit chinesischer Übersetzer eingeschränkt wird. Gekoppelt mit dem Rückzug in den Isolationismus ist eine Neueinschätzung der amerikanischen Absichten. Irgendwann Ende 1965 oder Anfang 1966 entschied Peking, daß die Vereinigten Staaten im Moment nicht die Absicht hätten, gegen China Krieg zu führen.

Vietnamkrise als auslösendes Moment

Der Sturm, den Mao entfesselt hat, ist in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich. Es ist das Drama des politischen Giganten, der in seinen letzten Jahren entdeckt, daß seine Revolution und seine Partei sich in einer Weise wandeln, die er nicht dulden kann. Es ist die nur teilweise der Öffentlichkeit verborgen gebliebene Erbitterung bei einer historisch bedeutsamen Debatte zwischen Mao und einigen seiner alten Genossen. Es ist die totale Unvorhersehbarkeit der Ereignisse. In einer griechischen

Tragödie kann der Zuschauer die tragische Lösung voraussehen und weiß vorweg, wer die Helden und wer die Schurken sind. In dem Sturm in China geschieht ständig das Unerwartete und Figuren, von denen man es nie gedacht hätte, werden zerschmettert. Die Szene ist düster, das Thema ist Gewalt und der Zuschauer ist immer von neuem überrascht. Peking selbst setzt den Beginn der Kulturrevolution mit dem Tag im November 1965 an, an dem eine Schanghaier Zeitschrift den Angriff

auf Wu Han, den stellvertretenden Oberbürgermeister von Peking, eröffnete, einem Historiker von Rang und Dramatiker, dessen schweres Vergehen darin bestand, daß er historische Stücke über antike Schurkerei und Tugend schrieb, die die Zuschauer an die Gegenwart denken ließen. Aber der wirkliche Beginn der Krise geht zurück auf das Frühjahr 1965, als die Vereinigten Staaten begannen, ihr Militärpotential in Süd-Vietnam zu verstärken und den Norden zu bombardieren. Das Krachen der Explosionen unmittelbar jenseits der Grenzen Chinas rief unvermeidlich eine besorgte Diskussion in Peking hervor: Würde das zu einem neuen Korea führen? Wenn ja, wann würden die Amerikaner angreifen? Was sollte man tun, um sich auf diesen Krieg mit einem Gegner vorzubereiten, der mit den verheerendsten Waffen ausgerüstet ist, die die Menschheit kennt?

Chinas Führer haben immer geglaubt, daß der Krieg mit dem „Wall-Street Imperialismus“ unvermeidlich ist. Was jedoch noch ein Jahr zuvor marxistische Theorie war, bekam jetzt plötzlich den Anstrich der Realität. Als ich im April und Mai 1965 in Peking war, bemerkte ich keine Panik, aber in meinen Notizbüchern sind mancherlei Spekulationen, in privaten Kreisen und in der Öffentlichkeit, festgehalten, was wohl geschehen würde, wenn der Angriff käme. Zum erstenmal sagte man der Bevölkerung, daß Atombomben auf chinesische Städte fallen und schwere Zerstörungen anrichten könnten. Aber ein alter Intimus von Mao versicherte mir eines Tages, daß das Gefüge der politischen und sozialen Organisation so stark und widerstandsfähig sei, daß es einen nuklearen Angriff überleben würde, selbst wenn Teile davon vernichtet würden.

Rückschläge führten zu einer politischen Gärung

Die Debatte über die Absichten der Amerikaner wurde bis weit in den Sommer 1965 hinein fortgesetzt. Wie Kriege heute nun einmal sind, konnte die Diskussion nicht auf das Problem Frieden oder Krieg beschränkt bleiben. Sehr bald dehnte sie sich auf Fragen der Prioritäten, der Steuerung der Wirtschaft, der Moral und Loyalität des Volkes, abweichender Meinungen in den Universitäten und unter den Künstlern sowie der Haltung der jungen Generation aus.

Eine der heftigsten Debatten fand innerhalb der Armee statt. Zum dritten Male seit dem Koreakrieg lagen die Exponenten des „Volks- (oder Guerilla-)kriegs“ im Streit mit den Berufssoldaten, die eine kleinere, gutausgebildete, moderne Streitmacht wollten. Dem Westen bot sich ein Einblick in diese Kontroverse im September 1965 durch Marschall Lin Piaos berühmten Artikel „Lang lebe der Sieg im Volkskrieg“. Unglücklicherweise interpretierte der Westen diesen Artikel jedoch falsch. In Washington wurde er als ein asiatischer „Mein Kampf“ bezeichnet. Andere hielten ihn in erster Linie für eine Warnung an Nord-Vietnam, die Guerillataktik nicht aufzugeben. Heute ist klar, daß der Artikel in erster Linie Teil der erbitterten Diskussion innerhalb des Oberkommandos war, wobei Lin Piao die Auffassung darlegte, die schließlich die Oberhand be-

hielt. Es ist bekannt, das die Berufssoldaten weniger Politik und Unkrautjäten für die Armee wollten und dafür mehr militärische Ausbildung und bessere Waffen. Sie mögen sogar zugunsten erneuter Bindungen an die Sowjetunion plädiert haben, die allein die erwünschten modernen Waffen liefern konnte. Lin Piao wies all diese Argumente zurück und wurde in der Folge der wichtigste autorisierte Exponent des Denkens des Ersten Vorsitzenden Mao Tse-tung. Der Sprecher der Berufssoldaten scheint Marschall Lo Jui-tschung gewesen zu sein, ein früherer Polizeifachmann und selbst einer der aufgehenden Sterne in der chinesischen Politik. Ende November 1965 verschwand er von der Bildfläche.

Die militärische Krise in Vietnam und das Desaster in Indonesien kamen für Peking in einem unpassenden Augenblick. Der Fehlschlag des „Großen Sprunges nach vorn“ in den Jahren 1959—1962 hatte eine politische Gärung ausgelöst, deren Ausmaß der Westen erst jetzt zu erkennen beginnt. Sogar die Intellektuellen in der Partei — ihre politischen Philosophen, die Chefredakteure ihrer Zeitungen, die Leute, die sich im Labyrinth der Propagandaabteilung des Zentralkomitees abmühen — wurden von Zweifeln erfüllt. Leitartikel der Pekinger Tageszeitungen begannen die Weisheit der Führer, die Integrität der Bürokratie, das Dogma selbst in Frage zu stel-

len. Hierdurch ermutigt, begannen Autoren in den Provinzen von Fehlern der Behörden und von der Verzweigung in den Dörfern zu sprechen. 1965 ging es mit der Wirtschaft schließlich wieder aufwärts, jedoch nicht in dem Um-

Revolution in Gefahr

Noch beunruhigender vom Standpunkt Maos waren die sozialen Vorgänge. Die Kluft zwischen Stadt und Dorf, zwischen den neuen Großstädtern und den Bauern, verbreiterte sich ständig. Die neue intellektuelle Elite, die die industrielle Revolution hervorgebracht hatte, verlor sehr schnell ihr Interesse am flachen Lande. Die Jugend, zu spät geboren, um das Revolutionmachen aus erster Hand zu lernen, wurde durch Berichte aus zweiter Hand nicht mehr angefeuert. Das Gift des „Revisionismus“, das nach Maos Meinung den Geist der Jugend in der Sowjetunion korrumpiert hatte, war jetzt auch in China am Werk.

Die Revolution war in Gefahr. Sie wurde schlapp und verlor ihren Orientierungssinn, bevor sie vollen Erfolg gehabt hatte. Mao fühlte, daß die Revolution nicht durch die Amerikaner in Gefahr war, sondern durch den Mangel an Glauben und Disziplin, durch die Versuchungen der Friedenszeit, durch die wiedererwachten bourgeoisen Sehnsüchte nach Komfort, Status, Bildung, Stabilität. Heroische Schritte waren nötig, um mit diesen und anderen inneren Problemen fertig zu werden. Im Jahre 1959 und noch einmal 1962 hatte Mao von der Notwendigkeit einer Kulturrevolution gesprochen, — ein Begriff, den er synonym für kämpferische politische Haltung gebrauchte. Seine Wünsche erregten für kurze Zeit Aufmerksamkeit, dann wurden sie ignoriert. Nun, da die amerikanische Drohung über China schwebte, wollte er seine Revolution erneuern, sie wieder dynamisch und rein im Glauben machen. Auf Versammlungen des inneren Führungskreises im Herbst 1965 kündigte Mao an, daß er den Weg zur extremen Linken einschlagen würde.

Mao wollte mehr als kämpferische Schlagworte und Resolutionen. Er wollte die treulosen Intellektuellen vernichten, bis niemand mehr die Dinge vergessen würde, die er vor beinahe einem Vierteljahrhundert in Jenan gepredigt hatte. Er wollte die Fachleute an die Kandare nehmen, in der Armee und in der Industrie, und er wollte jedermann dazu bringen, sich darüber klar zu werden, daß es wichtiger war,

um die Träume der Führer zu erfüllen und die hohe Geburtsrate zu kompensieren. Die Einzelheiten des neuen Fünftjahresplanes wurden nicht bekanntgegeben, aber offenbar sah er nur ein bescheidenes Wachstum vor.

ein Roter als ein Fachmann zu sein. Er wollte die neomodischen Ideen von unternehmerischen Fähigkeiten, Anreizen, Gewinnen und freiem Markt vernichten. Der Feind stand vor den Toren. Nichts außer der totalen Mobilisierung des Glaubens und der Kräfte konnte die Revolution für die nächsten hundert Jahre retten — nein, für die nächsten zehntausend Jahre.

Aber Maos Forderung nach einem scharfen Ruck nach links stieß auf Widerstand bei einigen seiner alten Gefährten. Obgleich viele dieser „Ungeheuer und Teufel“ noch nicht namentlich genannt worden sind, waren die Argumente, die sie in dieser historisch bedeutsamen Debatte vorbrachten, in der Partei- und Armeepresse nachzulesen. Ebenso wie Mao waren sich seine Widersacher der ernststen sozialen und politischen Spannungen, der ökonomischen Probleme, der Spaltung in der Armee, der Drohung durch das amerikanische Engagement in Vietnam bewußt. In vielen Fragen waren sie einer Meinung mit Mao. Wie er müssen sie beunruhigt gewesen sein durch die abweichlerischen Äußerungen von Künstlern, in der Presse und in den Universitäten, und sie waren bereit, noch eine weitere Säuberung im kulturellen Sektor mitzumachen — was erklären mag, weshalb die Umwälzung mit einem Angriff auf die Intellektuellen begann. Aber die Opponenten waren zugleich Pragmatiker. Sie glaubten nicht, daß die simplen und gewaltsamen Methoden und Lösungen der dreißiger Jahre für die sechziger geeignet seien. Es war an der Zeit, die Fachleute — unter Führung der Partei — mit den Problemen der Produktion, der Qualität, der Kosten, der Leistungstüchtigkeit, der Prioritäten und des Absatzes fertig werden zu lassen. Die neue Klasse der Städter und die neue intellektuelle Elite konnten nicht behandelt werden, als trügen sie immer noch Strohsandalen. China, so schien ihre Argumentation zu lauten, sollte vorwärts blicken auf das Zeitalter der Computer und nicht zurück zu den einfachen Lösungen und den Improvisationen der Anfänge der Revolution.

Mao entgleitet die Herrschaft über die Partei

Bei diesen Diskussionen nun, die mit der Erörterung der amerikanischen Bedrohung begannen und in einen Streit über den Kurs mündeten, den China in den kommenden Generationen einschlagen sollte, entdeckte Mao, daß er nicht mehr die Partei beherrschte, die seine Schöpfung war. Ein Grund dafür war sein Alter und seine schwache Gesundheit; er war nicht mehr der Mann, der seinen Willen seinen Gefährten aufzwingen konnte. Ein anderer Grund war, daß seine Genossen glaubten, seine Methode würde nicht funktionieren; sie fürchteten den zerstörenden Effekt der Maßnahmen, die Mao der Gesellschaft, der Partei und der Wirtschaft aufzwang.

Seit der Tsunji-Konferenz von 1935, zu Beginn des Langen Marsches, ist die Partei Maos einzige Machtbasis gewesen. Sie war die Quelle seiner Autorität und die eigentliche Regierung, und die Nachfolge war genau festgelegt. Beinahe ein Vierteljahrhundert lang war Liu Schao-tschü Maos rechtmäßiger Erbe; es schien, als ob China gegen die erbitterten Machtkämpfe, wie es sie in der Sowjetunion ge-

geben hatte, gefeit sein würde. Da Mao sich nun plötzlich zu einem bedeutsamen Kurswechsel anschickte, entdeckte er, daß er sich nicht mehr voll auf die Partei verlassen konnte. Er hatte noch immer viele Verbündete, aber er konnte nicht mehr sicher sein, daß der politische Apparat seine Befehle ausführen würde, wie er es in der Vergangenheit getan hatte. Deshalb begann der alte Mann mit einer Kühnheit und Phantasie, in denen es ihm nur wenige der heutigen Führer gleich tun könnten, eine neue Machtbasis aufzubauen, von der aus er eine neue Revolution in Gang setzen konnte. Beinahe instinktiv wandte er sich der Armee zu, wie er es so oft in Krisen getan hatte. Unter Lin Piao war sie wieder ein Instrument der Revolution geworden. Die abweichlerischen Generale waren 1959 und nochmals Ende 1965 einer Säuberung zum Opfer gefallen. Die politischen Kommissare hatten die Oberhand. Die Armee mochte nicht ein ganz so wirksames Instrument wie der Parteiapparat sein, aber sie war ein politisches Instrument und jeder Soldat war ein Propagandist.

Modell der Bauern von Hunan

Aber die Armee allein genügte nicht. Darum erinnerte sich Mao an die Tage in den Jahren 1926/27, als er eine Rundfahrt durch fünf Bezirke der Provinz Hunan unternommen und gesehen hatte, wie Bauernbanden den Klassenkampf führten. Er brauchte eine Stoßtruppe wie diese, um eine Situation zu schaffen, in der die widerspenstige Parteibürokratie daran gehindert wurde, ihre gewohnten Methoden anzuwenden und ihre Macht zu gebrauchen. Anfang 1966 versammelte sich das Zentralkomitee zu einer seltsamen Sitzung. Weder die Namen noch die Anzahl der Teilnehmer wurde mitgeteilt, so daß es unmöglich war, das Ausmaß der Säuberung zu übersehen, aber die Verhandlungen erwiesen sich als außerordentlich bedeutungsvoll. Die Anwesenden sprachen sich dafür aus, „jenen innerhalb der Partei, die in der Führungsspitze sitzen und den kapitalistischen Weg einschlagen, ... die Macht zu entreißen“. Sie bestimmten, daß ein neues ständiges Machtorgan — in Form von „kulturrevolutionären Gruppen, Ausschüssen und Kongressen“ — geschaffen werden sollte. Eine der Sitzungen dieses obersten politischen

Gremiums war — so unglaublich das damals klang — vollgestopft mit Halbwüchsigen, die angewiesen wurden, „Furcht zu verbreiten“ und „Aufruhr nicht zu scheuen“. Niemals zuvor hatten die Beherrscher irgendeines großen Staates nach Aufruhr im eigenen Land gerufen.

Nicht lange danach rief die Zeitung der Volksarmee jedermann dazu auf, Maos berühmten „Bericht über eine Erforschung der Bauernbewegung in Hunan“ als Anleitung zum Verständnis der neuen „großen proletarischen Kulturrevolution“ zu lesen. Es war ein nützlicher Ratschlag. Die Roten Garden und alles was folgte waren nach dem Muster der Bauern von Hunan geschaffen worden: die Banden von Jugendlichen, die mit Bannern, Trommeln und Becken durch Städte und Dörfer stürmten; die Narrenkappen und andere Demütigungen für — tatsächliche oder angenommene — Gegner; das Verprügeln und gelegentliche Töten; die Razzien in Privathäusern; die Gewaltanwendung gegen die Behörden. All das ging einher mit einer inneren Disziplin, einer Inbrunst und einem Ausmaß an Selbstverleugnung, die die Puritaner neidisch gemacht hätte.

Rote Garden als Kampftruppen der Kulturrevolution

Die Idee, Rote Garden zu verwenden, muß entweder Ende 1965 oder Anfang 1966 entstanden sein. Ein Beweis dafür sind die langen Ferien, die die Universitätsstudenten im Spätwinter 1965 unerwartet erhielten. Sie waren darüber ebenso verblüfft wie erfreut, und erst viele Monate später verstanden sie, daß diese freie Zeit als Ersatz für die Sommerferien gedacht war, die sie als Stoßtruppen der Kulturrevolution verbringen sollten. Die erste Einheit der Roten Garden wurde beinahe heimlich im Mai 1966 in der der Pekinger Tsing Hua Universität angegliederten Mittelschule organisiert. Wenig später brach der Sturm in der Pekinger Universität los, die Mao schon lange als gefährliches Zentrum der Abweichung angesehen hatte. Ein weibliches Mitglied der philosophischen Fakultät machte den Anfang: Mit Plakaten mit „großen Schriftzeichen“ prangerte sie den Rektor der Universität an (der ein verdienter Kommunist war). Danach gab es Faustschläge, Tumulte, die Demütigung des Rektors und zahlreicher Professoren, nahezu endlose Versammlungen, das ohrenbetäubende Dröhnen der Gongs, die Säuberung des Lehrkörpers und der Studentenschaft, Selbstmorde von Professoren — und die Schaffung der Roten Garden.

Von Peking aus dehnte sich die Bewegung mit blitzartiger Geschwindigkeit auf andere Städte aus, und die Rektoren der Universitäten Nanking, Sian, Chengchow und Wuhan waren Demütigungen ausgesetzt, bevor sie entlassen wurden. Die Roten Garden wurden formal am 18. August 1966 auf dem Platz des Tores des Ewigen Friedens ins Leben gerufen, auf der ersten der riesigen Versammlungen, bei denen, wie es hieß, „der Vorsitzende Mao den revolutionären Massen begegnet“. Diese erste Versammlung erhielt eine doppelte Bedeutung, weil auf ihr Marschall Lin Piao dem Volke

als Maos neuer designierter Nachfolger und als erster Interpret seiner Gedanken präsentiert wurde.

Die Ansicht, die Roten Garden seien Banden von Rowdies, die die Herrschaft auf der Straße übernommen hätten, geht fehl. Sie sind Maos Kampftruppen zur Einschüchterung oder sogar zur Vernichtung seiner Gegner. Sie sind ein wirkungsvolles politisches Werkzeug, das mit Phantasie und — vom Standpunkt der Opposition — mit totaler Skrupellosigkeit geschaffen wurde und benützt wird.

Außerdem dient die Bewegung auch noch dazu, das revolutionäre Feuer in der Jugend anzufachen, die niemals eine wirkliche Revolution erlebt hat. (Ihr Schlagwort ist jetzt: „Lernt Revolution machen, indem ihr Revolution macht.“) Im Herbst 1966 nahm die Armee die Roten Garden unter ihre Fittiche, und uniformierte Ausbilder begannen die Jugendlichen in paramilitärischen Formationen zu organisieren.

Um die Millionen von Jugendlichen für den Sturm auf den Straßen verfügbar zu machen, schloß Mao sämtliche Mittelschulen und Universitäten im ganzen Land. Es war eine radikale Maßnahme, die auf heftigen Widerstand gestoßen sein muß. Niemals in diesem Jahrhundert hat ein großer Staat eine solche Pause in der Erziehung verfügt, durch die Millionen von Halbwüchsigen acht Monate oder noch länger aus den Schulen herausgenommen worden sind. Die offizielle Argumentation, daß die Schulen geschlossen wurden, um der Partei Gelegenheit zu geben, Reformen der Erziehung auszuarbeiten, ist kaum glaubhaft, denn sie hätten entworfen werden können, während die Jugendlichen ihre Studien fortsetzten. Mao brauchte die Stoßtruppen sofort, und es kam ihm nicht darauf an, dafür mit dem Ausfall des Unterrichts zu bezahlen.

Weshalb studiert ganz China die Gedanken Mao Tse-tungs?

Mao und Lin Piao ergriffen eine weitere Maßnahme zur Vorbereitung des großen Kampfes. Auf Lins Befehl hin begannen zunächst die Armee und dann die ganze Bevölkerung mit dem „Studium der Gedanken Mao Tse-tungs“ in einem bisher noch nicht dagewesenen Ausmaß. Jeder Soldat und jeder Angehörige der

Roten Garden legte sich sein Buch mit Mao-Zitaten zu. Passanten auf den Straßen, Fahrgästen in Bussen und Zügen, Arbeitern an der Drehbank, Bauern auf den Reisfeldern, ihnen allen lasen Jugendliche unermüdlich Zitate vor. Ein Kaufmann aus dem Westen, der geschäftlich auf der Messe von Kanton zu

tun hatte, wurde des Nachts von seinem Dolmetscher angerufen, der begierig darauf war, ihn mit den Gedanken Maos bekannt zu machen. Speisegäste in Lokalen aßen ihr Tschowmein, während ihnen kleine Schulmädchen Zitate von Mao vorlasen. Für andere Autoren gab es kaum Papier oder Drucker, da die Druckerpressen 35 Millionen Exemplare von Maos Essays ausspuckten. Die Eisenbahner gaben feierliche Versicherungen ab, daß sie diese kostbare Fracht mit Vorrang vor allen anderen befördern würden.

Einige Experten im Westen schrieben dies alles dem Wahnsinn eines alten Mannes zu. Es war aber vielmehr ein brillantes Mittel, um eine Atmosphäre zu schaffen, in der niemand etwas gegen Mao und seine Ideen sagen konnte. Kein Oberbefehlshaber hat sich jemals auf eine Schlacht mit größerem Geschick und mit größerer Gründlichkeit vorbereitet.

Nach dem Fall des Historikers Wu Han dehnte sich die Säuberung auf die mächtigen Ideologen im Parteiapparat der Pekingerverwaltung aus. Als ich im Mai 1966 Südchina besuchte, war die Kampagne gegen die „Schwarze Bande“ der führenden Intellektuellen der Partei in vollem Gange. In einer Landwirtschaftshochschule außerhalb von Kanton sah ich mehr als tausend kleine Plakate, die die „Schwarze Bande“ attackierten. Die Zettel waren nach einer Massenversammlung am vorangehenden Abend geschrieben worden, und die wildeste aller Anschuldigungen entstammte dem Pinsel eines Küchenmädchens.

Das Schicksal Peng Tschens scheint in der ersten Hälfte des Aprils 1966 entschieden worden zu sein, als der einzige Mann, der ihm hätte zur Seite stehen können, Staatspräsident Liu Schao-tschü, außer Landes war. Peng wurde durch Li Hsueh-geng, dem Vorsitzenden des Nordchina-Büros der Partei, ersetzt, der prompt eine Säuberung der Pekingerverorganisation einleitete. Die Parteiführer machen sich traditionell Sorgen um die großen Städte. Tatsächlich sind Schanghai und Peking von Mitgliedern des Politbüros regiert worden. Li sorgte nun dafür, daß die Hauptstadt von wirklichen oder potentiellen Abweichlern und Feinden gesäubert wurde. Man hielt ihn jedoch nicht für genügend rücksichtslos. Im

Einer der frühen Höhepunkte der Kulturrevolution kam Anfang Januar 1966 bei einer Konferenz der politischen Kader der Armee. Hier schlug Hsiao Hua, der oberste politische Kommissar der Armee, das Thema „Politik hat den Vorrang“ an, das das Leben des Volkes im kommenden Jahr beherrschen sollte. Das Treffen wurde im höchsten Maße propagandistisch ausgeschlachtet. Auf Dutzenden der folgenden Konferenzen erhielten Fabrikdirektoren und Vorsitzende von Volkskommunen, Ingenieure und Eisenbahner und alle anderen ihre neuen Befehle. Man sagte ihnen, daß die Produktivität der Industrie weniger wichtig sei als der revolutionäre Eifer der Arbeiter, daß im 17. Jahr der proletarischen Diktatur der Klassenfeind immer noch seine Agenten in hohen Stellungen hätte und daß sie vernichtet werden müßten.

Beginn der Säuberung

Oktober 1966 prangerten gedruckte Plakate mit „großen Schriftzeichen“ vor der Parteizentrale der Stadt Li wegen seiner Milde an. Eine der Beschuldigungen gegen ihn war, daß einen Monat lang nach der Säuberung des Parteibüros die gesäuberten Funktionäre in den Versammlungen der Säuberer dabei saßen, die ihnen Tee, Sympathie und Schutz vor den Roten Garden zukommen ließen.

Aber die Pekingerverstädtische Parteiorganisation war nur eine der Bastionen, die von Mao und Lin Piao genommen wurde. Ebenso schnell wie der Frühling in den Sommer überging, gingen sie daran, ihre Machtbasis in der Partei auszudehnen und die der Opposition zu bekämpfen. Innerhalb des Zentralkomitees der Partei wurde eine kulturrevolutionäre Gruppe unter Tschen Po-ta, einst Maos Privatsekretär, gebildet. Sie hatte ausgedehnte Vollmachten und beschränkte sich nicht auf kulturelle Angelegenheiten. Als nächstes gingen Mao und Lin gegen das mächtige Propagandakomitee vor. Sein Vorsitzender, Lu Ting-ji, ein dicklicher und eifriger kleiner Mann, der sich ein halbes Jahrhundert lang an Maos Seite abgemüht hatte, wurde beiseitegeschoben. Sein Platz erhielt der neue Star, Tao Tschu, lange Zeit Parteichef in Südostchina und jetzt, mit 60 Jahren, einer der führenden Akteure in dem Drama von Peking. Tao machte sich sofort an eine durchgreifende Säuberung

des Propagandaapparates. Er hatte eine Schlüsselstellung, denn durch ihn beherrschten Mao und Lin alle Kommunikationsmittel. Während sie die Meinungen nach ihren Wünschen beeinflussen konnten, blieb den Opponenten jedes öffentliche Forum versagt. Ebenfalls in Besitz genommen wurde ein weiteres Nervenzentrum der Partei, das Amt für Allgemeine Angelegenheiten des Zentralkomitees. Sein Leiter war lange Zeit Jang Tschang-kun gewesen, ein in der Sowjetunion ausgebildeter Revolutionär, Teilnehmer des Langen Marsches und lange Jahre Maos ergebendster Diener. Er verschwand einfach von der Liste der Mitglieder des Zentralkomitees.

Der bedeutsamste Sieg wurde im Ständigen Komitee des Politbüros erzielt, einem Gremium von sieben Männern unter Führung von Mao, die alle Macht in der Hand haben, die Politik festlegen und alle wichtigen Entscheidungen treffen. Im August 1966 war Lin Piao, bisher auf dem fünften Platz, auf den Platz

des Nachfolgers gerückt, und Liu Schao-tschu war aus dem Kreis ausgestoßen. Tschou En-lai war immer noch Nummer Drei. Aber es waren jetzt drei Neulinge da: Tao Tschu, Tschou Po-ta und Kang Scheng. Mit fünf von sieben Stimmen konnte Mao jetzt, wie er es früher getan hatte, für das Zentralkomitee und den Parteiapparat sprechen.

Es bedurfte noch eines weiteren Zuges in diesem komplizierten und gefährlichen Spiel. Mao scheint eine Art von engerem Kabinett gebildet zu haben, dem so enge Anhänger wie Tschou Po-ta und Kang Scheng angehörten. Ein weiteres wichtiges Mitglied dieser Gruppe war Madame Mao Tse-tung, die aus der Verborgenheit des Privatlebens auftauchte, um eine führende Figur in der Kulturrevolution zu werden. Der Vorzug dieser kleinen und straffen informellen Gruppe bestand darin, daß Mao allen ihren Mitgliedern vollkommen vertrauen konnte.

Die Roten Garden entgleiten der Kontrolle

Im August 1966 erfolgte die Kriegserklärung an die Opposition gegen Mao. Die Drohungen wurden immer heftiger, bis die Pekinger Volkszeitung im Oktober forderte, daß den Widersachern kein Pardon gegeben werden dürfe. Sie rief die Getreuen dazu auf, den Ansichten des Schriftstellers Lu Hsun zu folgen, der meinte, man müsse „den wilden Hund schlagen, auch wenn er schon im Wasser ist“ und „wenn man einmal angefangen habe, zu schlagen, müsse man ihn schlagen, bis er tot ist.“ Die Roten Garden begannen mit ihren Paraden, ihrem Geschrei und ihren Gewaltakten. Im großen ganzen war es eine gelenkte Gewalttätigkeit, die eine Atmosphäre der Spannung und Furcht schaffen sollte. Die Halbwüchsigen, die in Privatwohnungen in Peking eindringen, das Mobiliar zerschlagen oder beschlagnahmten und die Bewohner mißhandelten, folgten dabei Listen, die — vermutlich durch die Polizei — in jedem Block angeschlagen waren.

Es war jedoch unvermeidlich, daß Gewaltakte in einem solchen Ausmaß nicht vollständig unter Kontrolle gehalten werden konnten. Rivalisierende Gruppen Roter Garden erschienen in Schulen und bekriegten einander um die Ehre, der Kulturrevolution zu dienen. Solange die Roten Garden sich darauf beschränk-

ten, Straßen, Läden, Restaurants, Gaststätten und Nudelgeschäfte umzubenennen, war der Schaden gering. Sobald die Halbwüchsigen aber in Fabriken und Kommunen einzudringen begannen, die örtlichen Kader angriffen und die Produktion unterbrachen, kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Arbeitern und Bauern auf der einen Seite und den Roten Garden auf der anderen. Die Unterbrechung der Produktion war geringfügig — sie betraf eine Textilfabrik hier, eine Reifenfabrik dort, ein Eisenbahnwaggonwerk anderswo. Aber das war schon genug, um Peking zu alarmieren. Ministerpräsident Tschou En-lai, möglicherweise ein nur widerstrebender Verbündeter Maos und Lin Piao, warnte die Jugendlichen in zahlreichen Versammlungen, daß die Produktion heilig sei. In den Provinzen fielen noch schärfere Worte. Den Roten Garden wurde lapidar erklärt, sie sollten sich von den Fabriken und Feldern fernhalten, und die Arbeiter und Bauern wurden angewiesen, an den Versammlungen der Roten Garden nicht teilzunehmen oder nur ein paar Vertreter zu entsenden. Im September erhielten die jungen Kämpfer den Befehl, aufzuhören und sich zurückzuhalten, bis die Herbststernte eingebracht wäre — oder bei der Arbeit auf den Feldern zu helfen.

Wenn es gelungen sein sollte, die namenlosen Widersacher im inneren Führungskreis einzuschüchtern, so gab es jedenfalls keine sichtbaren Anzeichen dafür. Da sie durch dieselbe harte revolutionäre Schule gegangen waren wie Mao und Lin Piao, waren sie gleichfalls harte Männer und geschickte Kämpfer. Sie verfügten zwar über kein öffentliches Forum mehr, wo sie ihre abweichenden Meinungen vortragen konnten. Ebenso wenig besaß irgend jemand die Möglichkeit, sich an eine Straßenecke zu stellen und Zweifel an Maos Politik zu äußern, denn das wäre Selbstmord gleichgekommen. Aber Maos Gegner in Peking waren nicht vollständig hilflos. Sie beherrschten noch immer einige bedeutende Positionen im Zentralkomitee und hatten zahlreiche Verbündete und Freunde in den Provinzen. Im Hinterland konnten die Befehle Maos und Lin Piao absichtlich mißverstanden und ihre Ausführungen verzögert werden. Der Parteiführer einer Provinz wurde angeklagt, zwei Monate lang den Befehl Lin Piao zur Intensivierung des Studiums der Werke Maos in der Schublade behalten zu haben. Ein anderer wurde beschuldigt, die Gedichte Maos nicht in der örtlichen Presse veröffentlicht zu haben. Noch ein anderer wurde angeklagt, unter den örtlichen Kadern das Gerücht verbreitet zu haben, Mao wolle die Partei zerstören.

Die Säuberung in den Provinzen nahm niemals stalinistische Ausmaße an. Sie war selektiv und wurde propagandistisch groß herausgestellt, um psychologisch großen Eindruck zu machen. Unter den Gesäuberten waren Sekretäre der Provinzparteiorganisationen, Redakteure, Schriftsteller, Propagandafachleute, Leiter von Rundfunksendern und Erzieher (jedoch kein Fabrikdirektor und kein Armeeoffizier). Wenn jemand auf einer nichtöffentlichen Sitzung der Parteiführer als Opfer der Säuberung ausersehen war, wurde er einer ganzen Serie von ungesetzlichen Verfahren unterworfen, die ihren Höhepunkt in Massenversammlungen mit manchmal Zehntausenden von Teilnehmern fanden. Bei solch einem „Verfahren“ wurde der einst berühmte Schriftsteller Oujang Schan öffentlich durch seine frühere Köchin, seine Pflegerin und seinen Sohn, der noch zur Schule ging angeklagt. Der Sohn rief, um die Zeitung von Kanton, Hung-wei Pao, zu zitieren, „mit unbezähmbaren Zorn: Nieder mit Oujang Schan! Untersucht sorgfältig die Verbrechen des Antiparteielements Oujang Schan!“ Um den Bruch vollständig zu machen, änderte der Junge seinen Namen von Oujang Jen-hsing in Hsiang Tung-scheng.

Stabilität weicht dem befohlenen Chaos

Nichts illustriert die grundlegende Schwäche der Kulturrevolution besser als die Tatsache, daß die chinesische Presse in derselben Woche über den letzten Atomversuch und über eine Reihe von Versammlungen berichten konnte, bei denen junge Leute Unkraut „zur Erinnerung an vergangene Notzeiten“ aßen. Was Mao zu tun versuchte, ist die Schaffung eines gloriosen Morgen, indem er ständig auf das Gestern zurückblickt. Das aber heißt sich gegen das Wesen der sich wandelnden Gesellschaft Chinas zu stemmen. Einer von fünf Chinesen gehört heute der neuen städtischen Schicht an, deren Geschmack, deren Bedürfnisse und Forderungen denen des ländlichen Chinas um ein Jahrhundert vorausereilen. Mao selbst kann sich das volle Verdienst an Chinas wachsender Urbanisierung zuschreiben. Aber er will es nicht hinnehmen, daß der neue Städter, nachdem er einmal seine primi-

tive Welt verlassen hat, nicht verstehen kann, warum er — zeitlich oder räumlich — in sie zurückkehren sollte. Die Stadtbewohner sind physisch von der Kulturrevolution betroffen, sie studieren Maos Werke, sie lernen Zitate von ihm auswendig, sie marschieren und füllen bei den riesigen Massenversammlungen die Plätze. Aber weder politisch noch psychologisch ist es ihre Revolution.

Diese Entfremdung der Städter trägt zur Auslöschung der Autorität bei. Anderthalb Jahrzehnte lang war der größte Vorzug des von Mao geschaffenen Systems die Stabilität. Es gab keine Regierungskrisen, keine ausgedehnten Säuberungen, keine politischen Umstürze, wie sie die Sowjetunion erschütterten. Die Nachfolge war festgelegt und jedermann wußte genau, wo die Macht lag. Die Führung machte Fehler in der Politik, oft verkehrte sie die bisherige Linie in ihr Gegenteil. Aber sie

sorgte für Ordnung und politische Stabilität nach nahezu vierzig Jahren der Uneinigkeit und Unordnung.

Durch die Kulturrevolution änderte sich das. Das Zentralkomitee empfiehlt Unordnung, als ob sie eine Tugend wäre. In den Provinzen singen Parteiführer ein Loblied auf das Chaos. Die Roten Garden werden auf die Straße geschickt, um sich dort auszutoben, und die Führer der Nation geben dazu nicht nur ihren Segen, sondern befehlen sogar, daß niemand gegen die Jugendlichen einschreiten darf.

Revolution gegen die Gesellschaft

Als die Macht der Partei durch ihre Rivalen beschnitten wurde, versuchte Mao das Autoritätsvakuum mit den kulturrevolutionären Gruppen zu füllen. Es ist von neuen Massenorganisationen nach dem Muster der Pariser Kommune gesprochen worden. Aber die Schaffung all dieser neuen Machtorgane ist ein langsamer Prozeß, und das Vakuum besteht fort. Die Parteiführer in den Provinzen, die immer für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich waren, wissen nicht, wie sie diese ihre Pflicht mit dem aus Peking kommenden Lob der Unordnung in Einklang bringen sollen. Und wenn es ihre primäre Aufgabe war, die Produktion zu gewährleisten, sind sie sich nicht darüber im klaren, wie dies sichergestellt werden kann, während auf den Straßen der Aufruhr herrscht.

Gleichermaßen bedeutsam war das ständige Gerede von den Führern, die sich in Spitzenstellungen des Staates und der Partei eingestürzt hätten und nun vernichtet worden wären. Wer waren sie? Was haben sie Furchtbare verbrochen? Wenn sie Feinde waren, warum sind sie dann nicht sofort zur Verantwortung gezogen worden? Die Brandmarkungen mögen dazu dienen, die Revolution voranzutreiben, aber sie untergraben zugleich das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Stabilität des Systems.

Dies alles gehört zu dem Dilemma, dem sich Mao und Lin Piao in dem großen Streit mit den ungenannten Widersachern gegenübersehen. Taktisch gesehen hat Mao alles getan, was er tun konnte, und sogar noch mehr, um die Position seiner Feinde unhaltbar zu machen. Aber der Haken dabei ist, daß das nicht genügt. Die Revolution, die er China zu verschreiben sucht, ist ein heroisches Vorhaben, das den Bestrebungen der neuen städtischen Gesellschaft und dem Drang des Volkes nach Fortschritt zuwiderläuft. Keine Gesellschaft, die vorankommen will, kann lange Zeit die Isolierung ertragen oder ein verstümmeltes Erziehungssystem oder ein anti-intellektuelles Klima oder ein ständiges Herumreiten auf der Vergangenheit, wie glorreich sie auch gewesen sein mag. Daher stehen die Zeichen weiterhin auf Sturm.

China und die Asienpolitik der USA

Suche nach neuen Wegen in der amerikanischen Chinapolitik

Ein paar Monate lang sah es so aus, als werde die amerikanische Politik gegenüber dem kommunistischen China im Jahre 1966 eine zwar langsame, aber bedeutsame Wandlung durchmachen. Merkwürdigerweise — ja, man kann sagen paradoxerweise — waren es gerade die leidenschaftlich umstrittenen Fragen des Vietnamkrieges, die der nüchternsten, verantwortungsbewußtesten und unparteiischsten öffentlichen Erörterung der Chinafrage seit der kommunistischen Machtübernahme den Weg bereiteten. In Presse, Rundfunk und Fernsehen sowie vor den Ausschüssen des Kongresses haben Gelehrte und führende Publizisten die Möglichkeiten einer Änderung in der amerikanischen Chinapolitik leidenschaftslos diskutiert und hohe Regierungsbeamte haben in der bei ihnen üblichen vorsichtigen Sprache angedeutet, daß eine Wandlung durchaus möglich sei. Am bemerkenswertesten aber war, daß die amerikanische Öffentlichkeit ein erfreuliches Maß von politischer Reife zeigte, indem sie die alten Leidenschaften vergaß und nur noch nach Tatsachen und genauen Untersuchungen über das neue China fragte. Im ganzen Volk breitete sich immer mehr die Überzeugung aus, daß es mit Vorsicht und Klugheit möglich sein müsse, China zu einem verantwortungsbewußten Glied der Völkergemeinschaft zu machen.

Diese sich allmählich herausbildende übereinstimmende Ansicht über die wahrscheinliche künftige Entwicklung in China geriet natürlich durch die Kulturrevolution und das bestürzende Auftreten der Roten Garden ins Wanken. Die volle Bedeutung der jetzigen Umwälzungen können wir noch nicht voraussehen, aber wir werden — das liegt auf der Hand — manche Urteile, auf denen diese zunehmende Übereinstimmung beruhte, neu zu überprüfen haben. Das Problem der Nachfolge Mao Tsetungs wird den Chinesen größere Schwierigkeiten bereiten, als man vor einigen Jahren allgemein angenommen hat. Auch sieht es jetzt so aus, als werde es länger als erwartet dauern, bis der chinesische Kommunismus einsieht, daß die wirtschaftliche und soziale Wirklichkeit in China allen Veränderungen unweigerlich gewisse Grenzen setzt. Es ist zwar gut und richtig, wenn die amerikanische Politik auch künftig davon ausgeht, daß nach aller geschichtlichen Wahrscheinlichkeit der chinesische Kommunismus — wie alle unterentwickelten bereiten, als man vor einigen Jahren — sich schließlich der gesellschaftlichen Struktur seines eigenen Volkes anpassen und mit den anderen Völkern der Welt zu einem vernünftigen Zusammenleben gelangen muß. Aber wie bald und in welcher Form das geschehen wird, ist nunmehr unsicherer geworden.

Wechsel von Engagement und Rückzug

Vielleicht befinden wir uns wieder einmal in der für Amerika schon charakteristisch gewordenen Situation, in der die Hoffnungen und Gefühle im amerikanischen Volk hinter der Entwicklung in Asien zurückbleiben. Es wäre tragisch, wenn die gegenwärtige Neigung, in der Chinapolitik neue Wege zu suchen, durch den augenblicklichen Stand der innenpolitischen Entwicklung in China zu nichte gemacht würde. Dieser Neigung nachzu-

geben ohne Rücksicht auf die Wirklichkeit in Asien, könnte allerdings zu einer noch größeren Tragödie führen, denn dann würde mit Sicherheit — wenn auch zu Unrecht — der Vorwurf erhoben werden, die Voraussagen über Chinas Reaktion auf unsere Bemühungen, Vernunft walten zu lassen, seien falsch gewesen. Wenn wir die Vorteile, die die gegenwärtige Einstellung in Amerika bietet, nutzen und die Gefahr bitterer Vorwürfe bei Fehl-

schlagen vermeiden wollen, ist es wichtig, daß wir zu einer realistischen Beurteilung darüber gelangen, wieweit wir die Entwicklung in China im besonderen und in Asien im allgemeinen beeinflussen können. Was dürfen wir von der amerikanischen Politik erwarten? Welche Aufgaben müssen wir zu erfüllen versuchen?

Als A. Whitney Griswold sich vor beinahe dreißig Jahren bemühte, das Grundthema der amerikanischen Politik in Ostasien aufzuzeigen, fiel ihm der rhythmische Wechsel zwischen Engagement und Rückzug auf. Das schien darauf hinzudeuten, daß wir tatsächlich unsere Politik selbst bestimmen und uns nach Wunsch mehr oder weniger engagieren konnten. Heute glauben viele Amerikaner, daß der Zeitpunkt für den unausweichlichen Umschwung gekommen sei und daß wir uns von den ärgerlichen Problemen Asiens allmählich wieder lösen sollten. Andere sind ebenso überzeugt, daß unsere Asienpolitik nur ein wenig intensiver und entschiedener sein müßte, um eine neue Ära der Sicherheit einzu-

leiten. Beide Standpunkte gehen jedoch von der Annahme aus, daß die Initiative bei der amerikanischen Regierung liege.

Die Formel vom rhythmischen Wechsel zwischen Engagement und Rückzug wird der heutigen komplexeren Lage nicht mehr gerecht. Heute müssen wir einsehen, daß unsere Politik in Asien nicht nur von unseren eigenen Eingebungen, sondern auch von den Unbeständigkeiten der Politik der asiatischen Länder selbst bestimmt worden ist, ja es zeigt sich immer deutlicher, daß die Verschiebungen im Gleichgewicht der Kräfte in Asien selbst das wichtigste dynamische Element gewesen sind. Da der Modernisierungsprozeß in der Gesellschaftsstruktur der asiatischen Länder ein hohes Maß von Labilität zur Folge gehabt hat, sind diese Verschiebungen schärfer und extremer zutage getreten als in Europa. Der Rhythmus des Wechsels ist von Asien diktiert worden und hat sowohl den Grad des amerikanischen Engagements wie die Möglichkeiten des amerikanischen Rückzugs bestimmt.

Politik nach allgemeinen Grundsätzen

In ihrer praktischen Politik haben die Vereinigten Staaten dazu geneigt, einzelne, zum Teil rasch vorübergehende Phasen in der Geschichte des modernen Asien für einen Dauerzustand zu halten. Außerdem — und das ist ebenso wichtig — hat die amerikanische Politik versucht, den Verlauf sich anbahnender Veränderungen vorhersehbar zu machen und ihnen einen sinnvolle Richtung zu geben. Immer wieder haben wir den Kreis durchschritten: zuerst haben wir eine gefährliche Lage früh erkannt, dann einen Grundsatz verkündet, um die Kräfte der Ordnung zu stützen, und dann eine Position hartnäckig verteidigt, damit die anderen ihr Verhalten nach unseren Voraussagen einrichten konnten. Das Bemühen, das Gefühl für Stabilität in dem betreffenden Gebiet zu stärken, hat gelegentlich dazu geführt, daß die amerikanische Politik aus einer Mischung von Opportunismus und Starrheit zu bestehen schien.

Zu dieser Häufung von Widersprüchen kommt hinzu, daß wir zwar auf der politischen Bühne Asiens ständig aufgetreten sind, uns im Grunde aber mit der asiatischen Politik nur am Rande befaßt haben. Es ist immer wieder typisch für unsere Politik gewesen, unzwei-

deutige, höchst allgemein formulierte Grundsätze zu verkünden, die der amerikanischen Öffentlichkeit leicht erklärt werden konnten und die dem sich wandelnden Asien ein Element von Beständigkeit zu geben schienen. Wir haben uns nicht auf das dauernde Anpassen und Manövrieren einlassen müssen, das für eine echte und tiefgreifende Beteiligung an einem lebendigen politischen Geschehen kennzeichnend ist. Risiko und Gewinn sind im allgemeinen so unsicher und so fernliegend gewesen, daß wir es uns leisten konnten, das Gewicht auf hohe ethische Grundsätze zu legen. Jedes Mal allerdings, wenn die Einsätze stiegen und wir gezwungen waren, eine subtilere und weniger eindeutige Politik zu befolgen, sind weite Kreise der amerikanischen Öffentlichkeit in Verwirrung geraten, denn das hatten sie in der Asienpolitik nicht erwartet.

Damit haben wir einige Grundthemen und Tatsachen berührt, die zur amerikanischen Einstellung zu Asien gehören und berücksichtigt werden müssen. Sie alle spielten eine Rolle, als wir auf ein machtloses chinesisches Reich mit der „Politik der offenen Tür“ antworteten: Damals wurde viel geredet über unsere Nei-

gung zu formaljuristischen Formulierungen und moralischen Erklärungen, aber im Grunde haben wir nur versucht, die Schwäche Chinas auszugleichen, indem wir bessere Voraussetzungen für eine geordnete Entwicklung schufen. Später mußte die amerikanische Politik der Tatsache Rechnung tragen, daß ein modernisiertes, militaristisches Japan durch seine

wachsende Seemacht das asiatische Gleichgewicht ins Wanken brachte. Auch in diesem Fall stand hinter den formalrechtlichen Abmachungen der Washingtoner Abrüstungskonferenz und der Nichtanerkennung Mandschuos das Bemühen Amerikas, in die Veränderungen im Gleichgewicht der Mächte in Asien Stabilität und Ordnung zu bringen.

Pragmatische Behandlung jeder neuen Krise

Nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Zusammenbruch Japans sahen wir uns plötzlich dem unerwarteten Phänomen eines geeinten, scheinbar starken, mit der Sowjetunion alliierten China gegenüber; daraus entstand die Theorie, ein kommunistischer Block werde durch die Weltanschauung für alle Zeiten zusammengehalten. Inzwischen führte das Auftreten der früheren Kolonialländer Südostasiens, besonders dramatisch durch Indien, in Amerika zu der stereotypen, geradezu doktrinären Meinung, die afro-asiatischen Länder seien alle in erster Linie an einer raschen, geplanten wirtschaftlichen Entwicklung interessiert und wollten im Kalten Krieg neutral bleiben. Bei dem Versuch, ein neues Gleichgewicht der Kräfte in Asien zu stabilisieren und dabei gleichzeitig China „einzudämmen“ und eine Reihe schwacher, desorganisierter neuer Staaten zu kräftigen, hat sich Amerika wieder einmal dazu verführen lassen, eine starre, kompromißlose Haltung einzunehmen. Und da die chinesische Bedrohung realer schien als die Aussichten für eine rasche

Stärkung der Nationen im restlichen Asien, mußte die dogmatische Seite der amerikanischen Politik das negative Element stärker betonen als das konstruktive.

Es konnte nicht ausbleiben, daß wir durch das wiederholte Eingehen auf die unvorhersehbaren Veränderungen in Asien in eine immer kompliziertere Lage gerieten. Im Laufe der Jahre haben wir eine Reihe von Verpflichtungen auf uns genommen, ein System militärischer Stützpunkte zur Abwehr jeweiliger Bedrohungen aufgebaut und zahlreiche Hilfsprogramme für die Asiaten entwickelt. Diese verschiedenen Bestandteile unserer Asienpolitik sind allerdings nicht in eine geordnete und zusammenhängende Form gebracht worden und bilden daher lediglich die Grundlage für die pragmatische Behandlung jeder neuen Krise. So befinden wir uns in der einzigartigen Situation, daß wir in Asien größere Möglichkeiten zum politischen Handeln haben als je zuvor in unserer Geschichte, aber weniger denn je eine grundsätzliche politische Linie.

Zwei unterschiedliche politische Ziele

Dieser Prozeß der Wandlung in Asien und des amerikanischen Reagierens darauf ist noch immer im Gange, und die amerikanische Politik wird sich jetzt auf eine Reihe neuer und vielschichtiger Veränderungen einzustellen haben. Bisher haben wir allerdings noch keine entsprechenden neuen Grundsätze aufgestellt, an die wir uns bei der Behandlung folgender Tatsachen in Asien halten können: Erstens, eines sich entfaltenden, aber isolierten Chinas, das innenpolitisch mit den Schrecken der Säuberungen und der Nachfolgekämpfe vollauf beschäftigt ist; zweitens, daß sich Indien

China gegenüber feindselig, dem Kommunismus gegenüber aber ambivalent verhält und immer noch nach Wegen zur besseren Entwicklung des eigenen Landes und zur Erhöhung seines internationalen Ansehens sucht; drittens, des lebens- und kraftvollen Japans, das aber einstweilen nicht bereit ist, sein Macht- und Einflußpotential einzusetzen; viertens, des bankrotten Indonesiens, das am Rande des Kommunismus gestanden und nun den Umschwung zu einem heftigen Antikommunismus vollzogen hat. Und schließlich gibt es natürlich Vietnam und das alte Problem Laos

sowie die Möglichkeiten einer weiteren Krise in Thailand.

Das Problem, eine angemessene und in sich folgerichtige Einstellung zu diesen neuen Entwicklungen zu finden, wird noch dadurch erschwert, daß die amerikanische Politik mindestens seit dem Koreakrieg zwei ganz getrennte, aber vermutlich einander ergänzende Ziele verfolgt hat. Zum ersten gehören die unmittelbaren Reaktionen auf das Phänomen des kommunistischen China. Sie bestanden vorwiegend in Sicherheitsvorkehrungen und allgemeinen militärischen Maßnahmen. Dazu gehören aber auch schwierige diplomatische Fragen wie die Anerkennung des Peking-Regimes und seine Aufnahme in die Vereinten Nationen. Das zweite umfaßt unsere Politik gegenüber den Ländern des freien Asiens sowie unsere Bemühungen, Hilfen für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu geben.

Die unverbindliche und allgemeine rhetorische Sprache, in der große politische Grundsatz-erklärungen gefaßt werden, ermöglicht es uns, so zu tun, als sei das, was unsere linke und unsere rechte Hand getan haben, alles nur Teil des einzigen großen Zieles, das kommunistische China „einzudämmen“ und das übrige Asien zu stärken. In der Praxis besteht jedoch eine tiefe Kluft zwischen denjenigen, denen es in erster Linie um das Problem China geht,

und denen, die sich von Berufs wegen vorwiegend mit der wirtschaftlichen sowie mit anderen Formen der Entwicklung befassen. Die Ersteren neigen zu der Ansicht, bei ihnen gehe es um das Grundproblem Asiens und alles andere sei mehr oder weniger Nebensache. Die Anderen haben für die Gesetzmäßigkeiten des Kalten Krieges nichts übrig, der chinesische Kommunismus langweilt sie und sie sind nicht überzeugt, daß China auch nur halb so wichtig ist, wie die China-Kenner behaupten.

Jede dieser Einstellungen hat ihre eigene Logik, bei jeder sind die Gewichte verschieden verteilt. Dennoch ist es nach dem Koreakrieg fast zehn Jahre lang möglich gewesen, daß die beiden Gruppen auf Grund einer erträglichen Arbeitsteilung ihren verschiedenen Asienbildern entsprechend handeln konnten. Gelegentlich stellte das eine politische Ziel das andere in Frage, zum Beispiel als der Wunsch nach Sicherheitsbündnissen und die scheinbaren Vorteile der militärischen Hilfe im Widerspruch zu den Maßnahmen der reinen wirtschaftlichen Entwicklung standen. Im wesentlichen aber konnte die Frage des Vorrangs aufgeschoben werden, und es schien kaum nötig, unsere gesamten Bemühungen auf ein einziges Ziel zu konzentrieren und Bedeutung und Wirksamkeit aller Programme und Maßnahmen an einer wirklich konsequenten Außenpolitik zu messen.

Isolierte Behandlung der Probleme der einzelnen Länder

Die Prioritätsfrage ließ sich vor allem deshalb umgehen, weil die neuen asiatischen Länder in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg so umfangreiche und schwierige Entwicklungsprobleme zu lösen hatten, daß sie verständlicherweise dazu neigten, sich zunächst nur mit ihren eigenen Sorgen zu befassen und die Probleme ihrer Nachbarn zu ignorieren. Dadurch entwickelte sich bei den Vereinigten Staaten der Brauch, bilaterale Hilfe zu gewähren und die Probleme jedes Landes für sich zu behandeln. Diese Neigung, die Entwicklungsprobleme von Land zu Land zu betrachten, verminderte die Notwendigkeit, sich mit Fragen, die das ganze Asien betrafen, auseinanderzusetzen. Obwohl der Grundsatz der Entwicklungshilfe nach allgemeiner Meinung auf den Marshall-Plan zurückgeht, ist es bemerkenswert, daß, als der Schwerpunkt von Europa nach Asien verlagert wurde, die regionale Planung durch bilaterale Planung ersetzt wurde. Die Probleme der asiatischen Entwick-

lung wurden während dieser Zeit in einem so engen nationalen Rahmen gesehen, daß man sogar von einem „Entwicklungsrennen“ zwischen China und Indien sprechen konnte, das allein schon über das Schicksal Asiens praktisch entscheiden würde, ohne daß diese Länder selbst auch nur die geringste außenpolitische Tätigkeit entfalteten. Manchmal schien es, als glaubten wir, die meisten Probleme Asiens ließen sich lösen, wenn die freien Länder auf alle außenpolitischen Beziehungen verzichten und sich ganz auf die eigenen internen Entwicklungsfragen konzentrieren würden.

Diese wohlwollende und im Grunde unpolitische Beurteilung der Wirksamkeit der wirtschaftlichen Entwicklung sowie die Erwartungen, die wir auf das Beispiel Indiens für alle Entwicklungsländer setzen, wurden — ebenso wie die indische Politik selbst — durch den Schock des chinesisch-indischen Grenzkonflikts und durch den immer mehr um sich greifenden

Krieg in Vietnam erschüttert. Diese und andere grundsätzliche Veränderungen der jüngsten Zeit haben die unausweichliche Tatsache, daß die Beziehungen der Staaten untereinander das Schicksal Asiens bestimmen werden, wieder in den Brennpunkt der Überlegungen gerückt. Gleichzeitig hören die südostasiatischen Nation langsam, aber sicher auf, sich nur mit ihrer innenpolitischen Entwicklung zu befassen und zeigen ein wachsendes Interesse an der im Entstehen begriffenen asiatischen Zusammenarbeit. Eine nicht geringe Rolle spielt

dabei die Einsicht einiger Länder, daß der wirtschaftlichen Entwicklung eine absolute Grenze gesetzt ist, so lange sie auf ihre kleinen nationalen Märkte beschränkt sind. Sie haben einsehen müssen, daß ihre verhältnismäßig kleinen Länder und ihre geringe Bevölkerungszahl nicht ausreichen, um Märkte zu schaffen, die groß genug sind, um eine Kapitalgüterindustrie aufzubauen. Diese neue Erkenntnis, die von den Asiaten selbst kommt, bereitet einer umfassenderen regionalen Zusammenarbeit den Weg.

Anfänge einer ostasiatischen Zusammenarbeit

Diese Entwicklung kann wesentlich dazu beitragen, die entscheidend wichtigen zwischenstaatlichen Beziehungen herzustellen, die notwendig sind, wenn die von Japan, Indien und Amerika unterstützten Staaten Südostasiens echte Sicherheit auf Grund eines Gleichgewichts der Kräfte finden sollen. Ja, man darf vorausschauend wohl sagen, daß jede denkbare Lösung des Vietnamkrieges eine massive amerikanische wirtschaftliche Hilfsaktion in Südostasien zur Folge haben wird, die über die Grenzen Vietnams hinausgehen und ein mächtiger Anreiz für regionale Zusammenarbeit in einem vor wenigen Jahren noch ganz undenkbareren Umfang sein wird. Im Lichte dessen, was die Vereinigten Staaten nach früheren Kriegen in Asien getan haben, um Japan, Korea und Taiwan wirtschaftlich wiederaufzubauen und zu fördern, und angesichts unserer stark gefühlbetonten Reaktionen auf den Vietnamkrieg können wir davon ausgehen, daß nach dem Ende der Feindseligkeiten die Hilfsmaßnahmen für Südostasien ein Ausmaß erreichen werden, die die Wirtschaft der betreffenden neutralen Länder von Grund auf ändern und die Entwicklung dieses Raumes entscheidend fördern werden. Das wird zur Folge haben, daß die Bemühungen um die wirtschaftliche Entwicklung Südostasiens nicht wie bisher auf bilateraler Grundlage, sondern auf der

breiteren Basis multinationaler Märkte stattfinden werden.

In dieser Hinsicht wird das Beispiel Indien wahrscheinlich weniger Einfluß auf die Entwicklung der südostasiatischen Länder haben als der reale wirtschaftliche Beitrag Japans. Ja selbst eine begrenzte Zusammenarbeit einiger weniger südostasiatischer Staaten kann schon die Voraussetzungen schaffen, um Japan in die Bemühungen um ein Gleichgewicht der Kräfte in Asien einzuschalten. Solange die einzelnen Länder dieses Gebietes ihre Probleme allein zu lösen versuchten und Japan sich seiner eigenen Rolle nicht sicher war, gab es keine Möglichkeit, die immer noch vorhandenen feindseligen Gefühle zu überwinden, die auf den Zweiten Weltkrieg und auf die japanische Besetzung von fast ganz Südostasien zurückgehen.

Insgesamt also kann man wohl, ohne allzu unrealistisch zu sein, davon ausgehen, daß nach dem Vietnamkrieg ein wesentlich stärkeres und besser integriertes Südostasien entstehen wird, in dem Japan eine zunehmend konstruktive Rolle spielen kann. Schon jetzt hat Japan die Initiative ergriffen, als es sich an der Gründung der Asiatischen Entwicklungsbank beteiligte und sich bemühte, mehr zum Aufbau eines asiatischen Staatensystems beizutragen.

China und das Problem der Sicherheit

Grundsatzklärungen über die amerikanische Politik, die sich hauptsächlich mit optimistisch beurteilten Möglichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung Südostasiens beschäftigen, gehen, so wird man meinen, an der Wirklichkeit vorbei, so lange das Zentralproblem Asiens —

das kommunistische China — nicht erwähnt wird. Ist es jetzt an der Zeit, all den Fragen, die mit der Aufnahme unmittelbarer Beziehungen zu China zusammenhängen, offener ins Auge zu sehen? Wie schon eingangs erwähnt, sah es Anfang 1966 so aus, als werde

die amerikanische Politik gegenüber dem kommunistischen China eine bedeutsame Wandlung durchmachen, die zu umfangreicheren Beziehungen geführt hätte. Die Chinesen sind allerdings, nachdem sie sich in eine selbstzerstörerische, immer weiter um sich greifende Orgie von Säuberungen, Nachfolgekämpfen und hemmungslosen Halbwüchsigen-Aufständen gestürzt haben, offensichtlich zur Zeit nicht in der Lage, irgendwelche sachliche Gespräche zu führen. Jedenfalls kann man von ihnen sicher nicht erwarten, daß sie sich jetzt auf den heiklen und schwierigen Gedankenaustausch einlassen, der jedem unmittelbaren Versuch, die chinesisch-amerikanischen Beziehungen zu bessern, vorausgehen müßte.

Gerade jetzt, da die Roten Garden den Eindruck erwecken, als seien die chinesischen Führer von allen guten Geistern verlassen, wenn sogar Castro erklärt, Peking mache „den Sozialismus lächerlich“, müßte jeder Versuch Amerikas, die Beziehungen Chinas zur Außenwelt auszudehnen, als ein zynischer Akt der psychologischen Kriegführung erscheinen. Je mehr die Öffentlichkeit über die tatsächliche Lage im kommunistischen China erfährt, um so schockierter wird sie sein und um so weniger wird sie Peking die Fähigkeit zutrauen, ein verantwortungsbewußtes Mitglied der Weltgemeinschaft zu werden. In Wirklichkeit aber sind unmittelbare und häufige Kontakte

zu den Chinesen heute für die amerikanische Politik nicht von zentraler Bedeutung. Die eigentlichen Fragen, um die es hier geht, haben mit dem Kontakt von Mensch zu Mensch wenig zu tun, sondern wurzeln tief in den Problemen der militärischen Sicherheit und der künftigen Organisation Asiens.

Entscheidend für die Chinapolitik ist die grundsätzliche Beurteilung der Frage, wie China in Zukunft seine Kräfte in Asien und in der Welt einsetzen wird. Wie mächtig wird China sein? Zu welchen Zwecken werden die chinesischen Führer diese Macht gebrauchen? Seit dem Koreakrieg haben Sicherheitsfragen die amerikanische Chinapolitik beherrscht. Zuerst spielten sie in unserer allgemeinen Politik eine wichtige Rolle, weil uns das eng mit der Sowjetunion verbündete China beunruhigte. Die militärische Planung in bezug auf China mußte damals mit der Möglichkeit eines allgemeinen Krieges gegen einen sehr starken Gegner rechnen. Merkwürdigerweise ist die chinesisch-sowjetische Spaltung und das damit verbundene Absinken der Macht Chinas von der amerikanischen Sicherheitspolitik noch nicht voll berücksichtigt worden. Die chinesischen Atomexplosionen haben dazu beigetragen, die Schwächen Chinas zu verdecken und den vagen Eindruck hervorgerufen, daß Sicherheits-erwägungen im westlichen Pazifik weiterhin Vorrang haben sollten.

Übertriebene Vorstellungen von der Macht Chinas

Wie soll es nun in Asien weitergehen? Die amerikanische Politik im allgemeinen und die Sicherheitspolitik im besonderen werden zu berücksichtigen haben, daß die bisherige kombinierte chinesisch-sowjetische Bedrohung in geradezu dramatischer Weise zu einer nahezu isolierten chinesischen Bedrohung zusammengeschmolzen ist. Wieviel Gewicht sollen wir dem chinesischen Militärpotential beimessen? Dieses Potential wird ganz verschieden beurteilt, und wir beurteilen nicht nur verschieden, wir ziehen auch aus denselben Urteilen ganz verschiedene Schlüsse. Es lassen sich vier autoritative, von namhafter Seite vertretene Ansichten darüber feststellen, wie Amerika sich gegenüber China verhalten sollte; zwei sehen China in erster Linie als Macht und Bedrohung, zwei betonen die Grenzen der militärischen Stärke Chinas.

Da ist zunächst die Meinung, die sich in manchen Erklärungen McNamaras widerspiegelt,

China stelle eine ernste und wachsende Bedrohung dar, deshalb verlangten Klugheit und Vorsicht den systematischen Ausbau unserer Sicherheitsmaßnahmen. In der Tat läßt das erstaunlich rasche Tempo der chinesischen Fortschritte bei der Entwicklung von Atomwaffen und Raketen es geboten erscheinen, sich ernsthafte Gedanken darüber zu machen, was die Chinesen in den nächsten zehn Jahren leisten werden.

Man muß sich jedoch darüber klar sein, daß die gewaltigen Anstrengungen Chinas auf diesem Gebiet eine ganz seltsame Art von Entwicklung darstellen, denn die herkömmlichen Streitkräfte Chinas sind nach wie vor schwach. Wenn die Chinesen ihren hohen Einsatz für die Entwicklung von Atomwaffen und Raketen nutzen wollen, um zu verdecken, wie schwach sie im Grunde sind, können sie das nur tun, indem sie andere an diese Möglichkeit glauben machen. Die Vorstellung, Chinas

Macht sei ungeheuer gewachsen, fällt nahezu in sich zusammen, wenn man die vorhersehbaren chinesischen Fortschritte auf dem Gebiet der konventionellen Streitkräfte nüchtern betrachtet. Es ist schwer zu glauben, daß Streitkräfte, die einst als stark genug galten, um ein von der Sowjetunion unterstütztes China abzuschrecken, nun nicht mehr ausreichen sollten, um China allein im Bann zu halten. Die Einsicht, daß China allein steht und daß seine Macht nur noch auf den eigenen Hilfsmitteln beruht, hat bereits in Japan die Neigung zu einer realistischeren Sicherheitspolitik gestärkt. Diese Entwicklung und die militärische Stärkung Indiens nach dem Grenzkrieg eröffnen die Möglichkeit, daß Asien jetzt mehr dazu beitragen kann, im Bereich der konventionellen Streitkräfte ein Gegengewicht zur Macht Chinas zu bilden. So lange amerikanische Atomstreitkräfte als Abschreckung gegen die chinesische nukleare Bedrohung dienen, verfügt China, wie es scheint, nicht über genügend konventionelle Streitkräfte, um das Gleichgewicht in Asien zu stören. Wir würden also den Chinesen nur in die Hand spielen, wenn wir uns durch ihre militante Sprache dazu verleiten ließen, ihre Macht übertrieben hoch einzuschätzen.

Eine andere in Amerika viel vertretene Ansicht sieht China zwar auch als aufsteigende Macht, rät aber zu der genau entgegengesetzten Reaktion. Finstere, aber im einzelnen nicht

Diesen beiden Standpunkten steht die Meinung derjenigen gegenüber, die ein deutliches Absinken der militärischen Stärke Chinas seit dem Bruch mit Rußland zu erkennen glauben. Eine einflußreiche Gruppe erkennt Chinas militärische Schwächen und sagt, Amerika könne nun von seiner Position der Stärke aus eine Politik der „Eindämmung ohne Isolierung“ einschlagen. Sie geht davon aus, daß das Peking Regime fest im Sattel sitze, daß der Führungswechsel in verhältnismäßig geordneter Form vor sich gehen und daß China eine bedeutendere Rolle in der Weltpolitik spielen werde. Deshalb sei es nun Zeit, ausgedehntere und, wie man annehmen muß, für beide Seiten befriedigendere Beziehungen zu Peking anzustreben.

Schließlich gibt es noch eine vierte Ansicht, die zwar auch die Schwächen Chinas sieht,

genau angegebene Gefahren voraussehend, ziehen die Vertreter dieser Theorie den Schluß, die Vereinigten Staaten könnten nur dann von dem „Kollisionskurs“ mit dem kommunistischen China herunter, wenn sie sich allmählich vom asiatischen Festland absetzen und sich auf Positionen auf dem offenen Meer zurückzögen, von denen aus sie ihre überlegene Luft- und Seemacht einsetzen könnten. Das Bild eines mächtigen und gefährlichen Chinas verstärkt auch die undeutlich empfundene Sorge, daß Amerika sich besonders in Asien vielleicht zu weit vorgewagt habe. Diese Sorge geht wahrscheinlich eher auf den Krieg in Vietnam als auf die Lage im kommunistischen China zurück, und da sie weitgehend auf der Furcht vor jeder Form der Eskalation im Vietnamkonflikt beruht, ist es schwer zu beurteilen, welche Rolle sie nach Vietnam noch spielen wird. Auch ist diese Auffassung inzwischen erheblich erschüttert worden durch zwei widersprechende Argumente. Das eine lautet, China könne durch die amerikanische Luftwaffe erfolgreich „eingedämmt“ werden, das andere, die gegenwärtigen Luftangriffe könnten auf Hanoi keine Wirkung haben. Da die Chinesen ihr Atom- und Raketenprogramm außerordentlich forcieren und die Amerikaner entschlossen sind, keine weitere Verbreitung von Atomwaffen zuzulassen, dürfte es außerdem immer schwieriger werden, die amerikanischen Atomstreitkräfte aus Asien zurückzuziehen.

Realistische Beurteilung ist notwendig

aber zu dem Schluß kommt, man solle jetzt nicht mit Peking verhandeln, sondern besser möglichst feste Maßstäbe für künftige internationale Beziehungen in Asien setzen. Das gegenwärtig entscheidende Problem ist in diesem Zusammenhang natürlich, wie indirekte Aggressionen verhindert werden können. Die Verfechter dieser Ansicht glauben zwar, daß China nicht in der Lage ist, in Vietnam direkt einzugreifen, schätzen aber die Fähigkeit der Chinesen, andere in die Rolle internationaler Störenfriede hineinzuhetzen, hoch ein. Allgemeiner gesprochen, sind sie der Meinung, ein ausführliches Gespräch mit Peking werde wenig Gewinn bringen, und da selbst ein schwaches China hoffnungslos hartnäckig sei, könne schon der Versuch enttäuschend und ermüdend sein; deshalb sei es sinnvoller, wenn

Amerika sich auf das zweite Ziel seiner Asienpolitik konzentriere.

Jeder Versuch, diese verschiedenen Standpunkte zu bewerten, muß natürlich alle die Imponderabilien berücksichtigen, die die Zukunft des kommunistischen Chinas bestimmen. Die jüngste Entwicklung in diesem merkwürdigen Land deutet jedoch darauf hin, daß diejenigen, die die Macht Chinas geringer einschätzen, auf festerem Boden stehen, das heißt, daß die wichtige Debatte über die amerikanische Politik sich zwischen denen abspielen wird, die den dritten und vierten Standpunkt vertreten und daß irgendeine Variation dieser Meinungen die nächste Phase der Asienpolitik Amerikas bestimmen wird.

Zur Zeit bringen die Umwälzungen in China diejenigen, die auf eine Lockerung der Isolierung Chinas drängen, in eine äußerst schwierige Lage. Die Verfechter dieses Standpunkts, die es verdienen ernst genommen zu werden, gerade weil sie die Schwächen Chinas realistisch sehen, laufen Gefahr, allzu doktrinär zu erscheinen, wenn sie sich den veränderten Umständen nicht anpassen können. Es wäre jedoch ganz unangebracht, eine auf lange Sicht angelegte politische Linie aufzugeben, weil der gegenwärtige Wahnsinnsanfall der Chinesen sie im Augenblick absurd erscheinen läßt. Jedes Mittel, das die Kräfte der Mäßigung in China stärkt, verdient eine wohlwollende, aber sorgfältige Prüfung.

Kann man die gemäßigten Kräfte in China stärken?

Oberflächlich und lediglich als politisches Schlagwort genommen, leuchtet die Empfehlung, die Vereinigten Staaten sollten die Kräfte der Mäßigung in China unterstützen, durchaus ein. Es fragt sich allerdings, ob eine solche einleuchtende Haltung auch eine wirksame Politik sein kann. Der Ruf nach einer „entspannteren und beweglicheren Haltung“ China gegenüber beruht häufig nur auf dem unschuldigen Glauben an die Macht des guten Beispiels, wenn man so sagen darf. Wenn wir Mäßigung und Zurückhaltung üben, werden die Chinesen allmählich das gleiche tun; sind wir starr und feindselig, werden auch sie es sein. Die bloße Tatsache, daß wir uns gemäßigter geben, soll angeblich die Kräfte der Mäßigung in China stärken, wenn nicht sofort, so wenigstens bei der nächsten Generation.

Ob sich diese These vertreten läßt oder nicht, möge dahingestellt bleiben, aber es besteht immer noch die begrenztere Frage, ob sie auf die chinesischen Kommunisten anwendbar ist. Selbst wenn sich alle darüber einig sind, daß Amerika es sich zum Ziel setzen sollte, die gemäßigteren Kräfte in China zu stärken, fragt es sich, ob dies die richtige Methode ist. Besteht irgendein Grund zu der Annahme, daß sie wirksamer sein würde als, sagen wir, die genau entgegengesetzte — nämlich den Chinesen so lange energisch entgegenzutreten, bis sie bereit sind, sich auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen gemäßigter und vernünftiger zu verhalten? Oder handelt es sich um etwas, das nicht objektiv beurteilt werden kann, so daß die Frage darauf hinausläuft, welche Methode die Amerikaner subjek-

tiv am meisten befriedigt? Schließlich gibt es Leute im amerikanischen Volk, die sagen, Amerika habe die Chinapolitik in erster Linie dazu benutzt, um seinen moralistischen Neigungen zu frönen, und es sei nun an der Zeit, die andere Seite des amerikanischen Nationalcharakters — die pragmatische Vernunft — hervorzukehren.

Pekings Verhalten im Laufe der letzten Jahre hat kaum Anlaß zu der Annahme gegeben, daß wir das Verhalten der Chinesen so leicht beeinflussen können, ja es wäre beinahe leichter zu beweisen, daß sie eher genau die umgekehrte Haltung eingenommen haben wie die Vereinigten Staaten. Ein Beispiel: Als unsere Opposition gegen Peking am starrsten war, machten sich die Chinesen den freundlich-wohlwollenden Geist von Bandung begeistert zu eigen und sprachen ganz allgemein vom „good will“ unter den Nationen. Und je mehr wir in jüngster Zeit unsere Kritik an China gemäßigt haben, desto maßloser sind die chinesischen Vorwürfe gegen die Vereinigten Staaten geworden.

Diejenigen, die sich ausdrücklich dafür einsetzen, die Kräfte der Mäßigung in China zu fördern, sind meist realistisch genug einzusehen, daß es nicht möglich sein wird, den Fanatismus der Generation des Langen Marsches zu erschüttern; es sollte vielmehr, so meinen sie, das Ziel sein, die nächste Führergeneration davon zu überzeugen, daß sie es sich leisten könne, maßvoll und vernünftig zu sein. Hierzu muß man sagen, daß Maos scheinbarer Wahnsinn zum großen Teil gerade darauf beruht,

daß er uns im Verdacht hat, so zu denken. In welcher Geistesverfassung Mao sich in diesem Abschnitt seines Lebens auch immer befinden mag, er hat jedenfalls ein empfindliches Gespür für jedes Zeichen, daß der Geist seiner Art von Kommunismus zu erlöschen beginnen könnte. Noch wichtiger, er hat ausdrücklich zu erkennen gegeben, daß er der aushöhlenden Wirkung von Wissenschaft und Technik auf die kommunistische Ideologie die gleiche Bedeutung beimißt wie die westlichen Beobachter. So bezieht sich sein Vorwurf des „Revisio-nismus“ in erster Linie darauf, daß Chruschtschow eine technokratische Schicht in der Sowjetunion zu einflußreichen Stellungen auf-

steigen ließ, ja noch schlimmer, daß er russischen Wissenschaftlern erlaubte, mit ihren westlichen Kollegen zusammenzutreffen, wobei die Universalität der Technik betont wurde und die Politik in den Hintergrund trat. Es ist eines der wichtigsten Ziele der „Kultur-revolution“, das „bürgerliche Denken“ auszumerzen, das in zunehmendem Maße auf die Bereitschaft hinausläuft, politische Erwägungen zurückzustellen. So sind es gerade jene technisch-sachliche Einstellung und der apolitische Geist der Wissenschaft, auf die wir unsere Hoffnung auf eine gemäßigte neue Generation in erster Linie setzen, die Mao für die allergefährlichsten hält.

Erfahrungen der anderen

Kurzum, die Chinesen sind entschlossen, daß sich das, was sich in der Sowjetunion und in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen abgespielt hat, in ihrem Fall nicht wiederholen darf, und sie werden mit Sicherheit eine Politik betreiben, die jeden amerikanischen Versuch, eine solche Entwicklung zu fördern, zu-nichte macht. Unter diesen Umständen wird jede amerikanische Politik, die ausdrücklich darauf hinzielt, potentiellen Gemäßigten in China Mut zuzusprechen, wahrscheinlich selbstzerstörerisch sein und, was noch schlimmer ist, gerade den Personen schaden, denen wir helfen wollen. Daß die Amerikaner gewisse Aspekte des stalinistischen Rußland gerne vergessen möchten, ist verständlich, aber die elementaren Grundsätze der Vorsicht, die in den Beziehungen zu totalitären Systemen notwendig sind, so rasch zu vergessen und darüber hinaus die Sicherheit der Menschen zu gefährden, die in der explosiven Atmosphäre des maoistischen China leben müssen, ist unverantwortlich. Wenn die amerikanische Politik es sich ausdrücklich zum Ziel setzt, gemäßigte Elemente zu ermutigen, können dadurch gerade die Menschen, denen wir helfen wollen, in Verdacht geraten. Das ist ein sehr hoher Preis — auch wenn er uns die Befriedigung gewährt, auf Chinas Haß und Feindseligkeit mit einem hohen Maße von Vernunft reagiert zu haben.

Wenn wir uns um Klarheit darüber bemühen, wieweit die Vereinigten Staaten die Entwicklung in China tatsächlich beeinflussen können, mag es nützlich sein, sich die Schwierigkeiten

vor Augen zu führen, denen andere bei dem gleichen Versuch begegnet sind. Die Russen hatten viel engere Beziehungen zu den Chinesen, als sie Amerika in der nächsten Zukunft je wird haben können, und sie waren vermutlich bemüht, die Chinesen zu einer maßvolleren Haltung zu bewegen. Sie sind eindeutig gescheitert; darüber hinaus hat sich ihre eigene Lage verschlechtert — und das, obwohl sie den Vorteil hatten, ideologisch mit den Chinesen übereinzustimmen und nicht, wie Amerika, von vorneherein als geschworene Feinde angesehen zu werden. Auch den Indern, Japanern, Engländern und Franzosen, die es, jeder auf seine Weise, versucht haben, ist es nicht gelungen, mäßigend auf die Entwicklung in China einzuwirken.

Natürlich ist es sehr schmeichelhaft für Amerika, wenn andere Länder trotz ihrer eigenen Schwierigkeiten mit China meinen, eine geringe Änderung der amerikanischen Haltung könne tiefgreifende Wandlungen im Verhalten Chinas hervorrufen. Die amerikanische Politik kann es sich jedoch nicht leisten, die Schwächen der Chinesen und ihre Unfähigkeit, ihre revolutionären Ziele in der gesamten unterentwickelten Welt durchzusetzen, zu verwechseln mit einer übertriebenen Einschätzung der Möglichkeiten Amerikas, die Entwicklung der chinesischen Gesellschaftsstruktur zu beeinflussen. Daß China nicht in der Lage ist, seine Form der Revolution in anderen Ländern einzuführen, heißt nicht, daß es nunmehr den Einflüssen amerikanischer Mäßigung zugänglich ist.

Mäßigung auf lange Sicht wahrscheinlich

Das alles will nicht besagen, daß die Revolution in China im Laufe der Geschichte nicht doch eine stetige Mäßigung durchmachen wird. Man kann zwar den Gang der Geschichte nicht genau voraussehen, aber die allgemeine Richtung ist doch schon ziemlich klar. Ebenso wie der „Große Sprung nach vorn“ der Illusion, die Chinesen besäßen eine Zauberformel für die Lösung der Probleme einer raschen wirtschaftlichen Entwicklung, ein Ende machte, haben die „Große Kulturrevolution“ und das Wüten der Roten Garden die noch verbliebene Illusion über die märchenhaften Organisationsfähigkeiten der Chinesen zerstört. Die wirtschaftlichen Fortschritte Chinas wären viel eindrucksvoller erschienen, wenn die Chinesen nicht mit dem „Großen Sprung“ den Mund so voll genommen hätten; auch die politische Entwicklung wird auf lange Zeit belastet sein von der Torheit, Halbwüchsige zur Säuberung von Partei und Bevölkerung einzusetzen. Was Mao dazu bewogen hat, eine Reihe von Maßnahmen in die Wege zu leiten, die auf die kostbare Aura der Parteiautorität nur vernichtend wirken kann, ist schwer vorstellbar. China zu regieren wird von nun an schwerer sein, und es dürfte trotz aller im Sprechchor aufgesagten Slogans nicht leicht fallen, den revolutionären Schwung wiederzugewinnen.

Das alles bedeutet, daß die gegenwärtigen Umwälzungen den Tag, an dem der chinesische Kommunismus seine großen Ansprüche aufgeben und sich der tatsächlichen Lage in China

Politik der Geduld

Im kommenden Abschnitt der Geschichte Asiens wird die amerikanische Politik sich darauf einstellen müssen, tatenlos zuzusehen, wie die Chinesen den unvermeidlichen Prozeß der Anpassung des Kommunismus an die realen Gegebenheiten ihrer Gesellschaftsstruktur durchlaufen. So lange sie das Wesen des chinesischen — im Gegensatz zum maoistischen — Kommunismus nicht selbst erarbeitet haben, wird es außerordentlich schwer sein, die Frage der amerikanisch-chinesischen Beziehungen unmittelbar anzupacken. In der Zwischenzeit ist Geduld besser am Platze als die Unruhe, die einen so großen Teil der Diskussionen über das revolutionäre China gekennzeichnet hat. Ein Rückblick auf die Veränderungen, die in den letzten Jahren in China

und der chinesischen Gesellschaftsstruktur anpassen muß, paradoxerweise beschleunigt herbeiführen werden. Für die amerikanische Politik heißt das, fest darauf zu vertrauen, daß sich eine gemäßigte Richtung in China mit der Zeit durchsetzen und die Prophezeiungen der Chinesen, „Volksrevolutionen“ würden auf die unterentwickelten Länder übergreifen, Lügen strafen wird. Das ist jetzt das Grundproblem, das die frühere Auseinandersetzung darüber, ob die Geschichte auf der Seite des Kapitalismus oder des Kommunismus sei, in gewissem Sinne verdrängt hat.

Gerade weil wir auf die Richtigkeit unserer Beurteilung der künftigen Entwicklung in China vertrauen können, sollten wir diejenigen sein, die zu einem „friedlichen Wettbewerb“ bereit sind; wir sollten nicht versuchen, durch Manipulationen „den Gang der Geschichte zu beschleunigen“. Das heißt, genauer gesprochen, wir sollten der Versuchung widerstehen, den Prozeß der Wandlung zu beschleunigen, indem wir uns um „Verbindungswege“ bemühen, die für die Chinesen nur störend und lästig sein können. Ebenso wie wir einst gelernt haben, daß wir wenig gewinnen, aber vielleicht viel verlieren könnten, wenn wir versuchen, das Schwächerwerden des sowjetischen Kommunismus manipulierend zu nutzen, sollten wir jetzt einsehen, daß das gleiche auch für den chinesischen Kommunismus zutrifft.

stattgefunden haben, zeigt deutlich, wie teuer uns voreilige Bemühungen um engere Beziehungen zu China zu stehen gekommen wären.

So ist es zum Beispiel klar, daß das China vor dem Großen Sprung weltpolitisch schwerer einzugliedern gewesen wäre als danach. Ähnlich wäre ein China, das nur den Großen Sprung, nicht aber die Roten Garden erlebt hat, ein schwierigerer Partner am internationalen Verhandlungstisch, als es das China nach den gegenwärtigen Umwälzungen sein wird. Die Zeit hat auch der übrigen Welt den Unterschied zwischen den Behauptungen der Chinesen und der Wirklichkeit im kommunistischen China immer deutlicher gemacht. Erst wenn wir diese Kluft zwischen Reden und

Taten ganz begriffen haben, werden wir eine bessere Chinapolitik betreiben können.

Geduld haben heißt nicht abwarten und die Hände in den Schoß legen. Im Gegenteil, die Situation erfordert sehr viel mehr als die Bemühungen, einen Austausch von Zeitungskorrespondenten und Gelehrten zustande zu bringen. Es ist dringend notwendig, daß Amerika wieder einmal auf die klassische Me-

thode der Anpassung an die Unsicherheiten der Entwicklung in Asien zurückgreift, das heißt in diesem Zusammenhang, seine Aufmerksamkeit auf die Errichtung eines neuen asiatischen Systems zwischenstaatlicher Beziehungen richtet, in dem der Macht und den Interessen Chinas in angemessener Weise Rechnung getragen wird.

Blick auf das Asien der Zukunft

Schon jetzt gibt es eine Reihe grundsätzlicher Fragen zum Gleichgewicht der Kräfte in Asien, von denen auch die amerikanischen Stützpunkte und die Atompolitik Amerikas betroffen sind. Jeder umfassende Plan für die Zukunft Asiens sollte diese Fragen klären. Und wenn wir davon ausgehen dürfen, daß der Vietnamkrieg einen für uns befriedigenden Abschluß finden wird, wird es dringend notwendig sein, China seine Minderwertigkeitsgefühle zu nehmen. Die Vereinigten Staaten werden ganz konkret erklären müssen, was sie damit meinen, wenn sie sagen, sie seien bereit, die „legitimen Interessen“ Chinas zu achten.

Es darf kein Zweifel darüber gelassen werden, wie das Asien aussieht, an das China sich anpassen muß, und die übrigen asiatischen Länder müssen die Chinesen davon überzeugen, daß sie in einem solchen Asien Sicherheit finden können. Als wir in der Vergangenheit unsere großen Grundsatzserklärungen über Asien abgaben — zum Beispiel über die „Politik der offenen Tür“ —, verfügten wir noch nicht über die heutigen Möglichkeiten, die Entwicklung in Asien zu beeinflussen. Heute allerdings fehlt uns die große „Formulierung“. Dabei geht es aber nicht nur um Rhetorik, sondern um ganz konkrete Dinge wie die Verteilung von Atomstreitkräften und um Handel und Verkehr zwischen den Teilen gespaltener Länder.

Das alles wäre zu einem früheren Zeitpunkt voreilig gewesen; jetzt ist es angebracht, weil die Illusionen über China endlich weitgehend beseitigt worden sind, weil wir die Macht Chinas und das Tempo seiner Fortschritte einigermaßen klar erkennen können. Wenn wir den chinesischen Führern, gleichgültig ob sie den extremen oder den gemäßigten Gruppen

angehören, das Asien der Zukunft vor Augen führen, werden wir dazu beitragen, die Kluft zwischen Reden und Taten weiterhin zu verringern.

Da es in Asien in den kommenden Jahren um so wichtige Fragen gehen wird, wäre es bedauerlich, wenn das zur Zeit lebhafteste Interesse der amerikanischen Öffentlichkeit an einer neuen Chinapolitik lediglich zur Erörterung neuer Kontaktmöglichkeiten mit China oder der alten Frage der Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen führte. Nur eine geringe Veränderung unserer Blickrichtung könnte es uns schon ermöglichen, die beiden Teile unserer Asienpolitik endlich zu einer Einheit zu verschmelzen.

In einem Augenblick, in dem amerikanische Streitkräfte tief verstrickt sind in einen bösen Krieg in Vietnam, mag die Aufforderung, sich Gedanken darüber zu machen, was nach der „Eindämmung“ in Asien geschehen soll, weltfremd erscheinen. Bedauerlicherweise hat sich aber die Diskussion über Vietnam so stark auf die Frage konzentriert, wie wir überhaupt dorthin gekommen sind, daß wir Gefahr laufen, wieder einmal einen Krieg durchzustehen, ohne uns von den politischen Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Nachkriegszeit eine Vorstellung zu machen. Der Vietnamkrieg selbst sowie das wachsende Gefühl der Zusammengehörigkeit in Südostasien werden beweisen, daß China eingedämmt worden ist. Deshalb sollten viele Fragen, die die Auseinandersetzungen über die Chinapolitik und über den Vietnamkrieg bisher beherrscht haben, zurückgestellt werden. Jetzt ist es nötig, unseren Blick auf das sehr viel wichtigere Problem der Organisation Asiens nach der Eindämmung Chinas zu richten.